Die Bezirksvertretung Oberbarmen beantragt, nachfolgende Maßnahmen in den Haushaltsentwurf 2023 aufzunehmen:

A) Maßnahmen
Haushalt 2023
1.) 100.000 Euro Planungskosten für die Wohnraumbebauung im Bereich Wittener Straße/Linderhauser Straße BBPlan 1271.

2.) 50.000 Euro Planungskosten für die Einrichtung einer öffentlichen Toilette im unmittelbaren Bereich des ehemaligen Wichlinghauser Bahnhofs am Bergischen Plateau

B) Mittelfristige Finanzplanung:
1.) 50.000 Euro Planungskosten im **Jahr 2024** für das Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Nächstebreck
2.) 150.000 Euro für den Bau einer öffentlichen Toilette am Wichlinghauser Bahnhof
3.) Je 1 Million Euro für die Jahre 2024 bis 2026 für den Bau des „Überfliegers“

Begründungen:
Zu A) 1 – Wohnraumbebauung Wittener Straße/Linderhauser Straße
Die Verwaltung hat mit der Drucksache VO/0012/2020 die Planungsziele und Aufgaben für das neue Planverfahren 1271 beschrieben. Danach sollen im nordwestlichen Teil der Wittener Straße Wohnbauergänzungen möglich, in den übrigen nutzbaren Teilbereichen der Mischgebiete eine gewerbliche Nutzung aufrechterhalten werden. Um das Vorhaben möglichst zügig umsetzen zu können, ist es geboten, bereits in den Doppelhaushalt Planungskosten in der angegebenen Höhe einzustellen. Zur weiteren vertiefenden Begründung wird auf den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen Bezug genommen.

Zu A) 2: Öffentliche Toilette Bergisches Plateau
Der Wichlinghauser Bahnhof auf dem Bergischen Plateau, unmittelbar an der Nordbahntrasse hat sich zu einem beliebten Treffpunkt von Jung und Alt entwickelt. Diese Entwicklung hat sich insbesondere durch die Parcouranlage für Jugendliche und nunmehr durch den Erlebnisspielplatz für kleinere Kinder kontinuierlich fortgesetzt. Die Notwendigkeit einer öffentlichen Toilette in diesem Bereich dürfte kaum bestritten werden. Der beschlossene Prüfauftrag der Bezirksvertretung in ihrer Sitzung am 02.02.221 – VO/0108/21 –, auf den zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen wird, führt die wesentlichen Gründe auf.
Die Maßnahme ist notwendig und sollte in den Entwurf des Haushalts aufgenommen werden, damit im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ab 2024 weitere 150.000 Euro etatisiert werden können.

Zur mittelfristigen Finanzplanung:
Zu B 1): Die Notwendigkeit, für die FF Nächstebreck einen Neubau zu errichten, ist unbestritten. Die im Entwurf vorgesehene Verschiebung auf den Zeitraum **nach 2026** ist nicht nachvollziehbar, da ein Neubau dringend notwendig ist.

Zu B 2): Es wird auf die Begründung zu A) 2 Bezug genommen.

Zu B 3): Die Verwaltung hat mit Vorlage 813/20 zur Sitzung der BV Oberbarmen am 13.04.21 Vorschläge für eine veränderte Verkehrsführung im Bereich Am Diek, Vor

der Beule und Weiherstraße unterbreitet (Lückenschluss NBT - Meinung der Verwaltung). Anlass ist der stark zugenommene Radverkehr auf der Nordbahntrasse. Die derzeitige Lösung der gemeinsamen Nutzung eines verbreiterten Bürgersteigs von Radfahrern und Fußgängern hat in der Vergangenheit zu erheblichen Störungen geführt, so dass eine Änderung zwingend geboten ist.
Zu dem Vorschlag der Verwaltung haben die Fraktionen unterschiedliche Stellungnahmen schriftlich abgegeben, die in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr am 08.06.21 zur Rücknahme der Vorlage führte.
Stattdessen favorisiert die Bezirksvertretung weiterhin eine konfliktfreie Lösung für den Radverkehr durch eine Fahrradbrücke. Hierzu hat sie in der Sitzung vom 01.03.22 eine Machbarkeitsstudie vorgeschlagen und dafür 50.000 Euro aus der Unterhaltungspauschale in der Sitzung am 17.05.22 bereitgestellt.
Statt den Beschluss der Bezirksvertretung umzusetzen, wartet die Verwaltung auf eine Masterarbeit an der Bergischen Universität zum Thema „Radweg-Überflieger“, die im Frühjahr 2023 vorliegen soll.
Dem Haushaltsentwurf ist zu entnehmen, dass die Verwaltung vor dem Ergebnis der Masterarbeit und einer Machbarkeitsstudie eines Ingenieurbüros weitere Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung einbringt, ohne Berücksichtigung der Kosten für eine Fahrradbrücke.
Um die Möglichkeit der Fahrradbrücke aber aufrecht zu erhalten, hält die Bezirksvertretung die Anmeldung der Mittel für die Jahre 2024 bis 2026 für geboten.